



Position des BDK für eine Neuausrichtung der Sicherheitspolitik in Rheinland-Pfalz

7-Punkte-Plan des BDK Rheinland-Pfalz

Belastungen reduzieren – Handlungsfähigkeit stärken – Zukunft der Polizei sichern

Ausgangslage

Die Modernisierung staatlicher Strukturen ist zu einer zentralen Voraussetzung für Sicherheit, Vertrauen in staatliches Handeln und die langfristige Leistungsfähigkeit des Staates geworden. Leistungsfähige staatliche Institutionen sind die Grundlage einer funktionierenden Demokratie.

Auch in Rheinland-Pfalz bestehen Reformbedarfe, die nicht allein durch zusätzliche Ressourcen zu lösen sind, sondern vor allem strukturelle Antworten erfordern. Zu den zentralen Herausforderungen zählen begrenzte Steuerungsmöglichkeiten innerhalb der staatlichen Sicherheits- und Verwaltungsarchitektur, komplexe Zuständigkeitsstrukturen, ein hoher administrativer Aufwand sowie Defizite bei Digitalisierung und Innovationsfähigkeit. Diese Faktoren binden erhebliche personelle Ressourcen in vielen Bereichen der Landesverwaltung und erschweren deren Aufgabenwahrnehmung.

Die Auswirkungen dieser strukturellen Defizite werden besonders deutlich im Bereich der inneren Sicherheit. Die Polizei steht unter hohem operativem Druck und ist zugleich der sichtbarste Gradmesser staatlicher Handlungsfähigkeit für die Bürgerinnen und Bürger.

Die zentrale Herausforderung besteht daher nicht in einer weiteren Ausweitung staatlicher Strukturen, sondern deren konsequenten Modernisierung. Nur durch strukturelle Reformen lassen sich Belastungen reduzieren, staatliche Steuerungsfähigkeit nachhaltig stärken und eine leistungsfähige Sicherheitsarchitektur gewährleisten.



Vor diesem Hintergrund legt der BDK Rheinland-Pfalz mit diesem Positionspapier Ideen für einen kompakten Reformrahmen für die Weiterentwicklung der öffentlichen Verwaltung und damit der Polizei des Landes vor.

Der **7-Punkte-Plan des BDK Rheinland-Pfalz** bündelt zentrale Reformfelder zur Modernisierung der staatlichen Sicherheitsarchitektur und damit zur Stärkung der Leistungsfähigkeit der Polizei. Er folgt der Leitlinie:

Belastungen reduzieren – Handlungsfähigkeit stärken – Zukunft der Polizei sichern.

Der BDK empfiehlt daher folgende Reformfelder zu berücksichtigen:

1. Staatliche Steuerungsfähigkeit stärken
2. Bürokratie abbauen und Polizei entlasten
3. Digitalisierung der Polizei konsequent vorantreiben
4. Innovation strukturell ermöglichen
5. Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitgeberattraktivität sichern
6. Infrastruktur und Beschaffung beschleunigen
7. Ermittlungsfähigkeit der Polizei stärken

Zentrale Positionen des BDK Rheinland-Pfalz

1. Staatliche Steuerungsfähigkeit stärken

Die Gewährleistung innerer Sicherheit setzt eine handlungs- und steuerungsfähige staatliche Organisation voraus. Die Staatsmodernisierungsagenda von Bund und Ländern betont zu Recht, dass leistungsfähige staatliche Strukturen eine zentrale Voraussetzung für Sicherheit, Vertrauen in staatliches Handeln und gesellschaftliche Stabilität sind. Die polizeiliche Praxis zeigt zugleich, dass komplexe Zuständigkeiten, fragmentierte Steuerungsstrukturen und unzureichend abgestimmte Prozesse zwischen Polizei, Justiz und Verwaltung erhebliche personelle Ressourcen binden und eine wirksame Aufgabenwahrnehmung erschweren. Vor diesem Hintergrund sollte die Stärkung staatlicher Steuerungsfähigkeit ein zentrales Thema der Koalitionsverhandlungen sein. Eine moderne Sicherheitsarchitektur erfordert klare Verantwortlichkeiten, verbindliche Prioritäten und eine leistungsfähige ressortübergreifende Koordination.



- Stärkung der institutionellen Zusammenarbeit zwischen Polizei, Justiz und Ausländerbehörden innerhalb der Sicherheitsarchitektur des Landes
- Stärkung zentraler polizeilicher Steuerungs- und Koordinierungseinheiten zur landesweiten Priorisierung und Umsetzung sicherheitsrelevanter Vorhaben
- Klare Zuständigkeiten und Steuerung für ressortübergreifende Sicherheits- und Modernisierungsprojekte festlegen
- Klare Verantwortlichkeiten und verbesserte strategische Vernetzung zwischen Ministerien und nachgeordneten Behörden.
- Verbindliche Priorisierung strategischer Digitalisierungs- und Modernisierungsprojekte der Sicherheitsbehörden.
- Beschleunigung staatlicher Entscheidungs- und Verfahrensprozesse, insbesondere im Bereich strafrechtlicher Verfahren.

2. Bürokratie abbauen und die Polizei entlasten

Die Leistungsfähigkeit der Polizei wird nicht allein durch die Kompetenzen und der Motivation der Mitarbeiterschaft und deren Personalstärke sowie deren Ausstattung bestimmt, sondern wesentlich durch die organisatorischen Rahmenbedingungen ihrer Arbeit. Übermäßige Verwaltungsaufgaben, komplexe Dokumentationspflichten und aufwändige Abstimmungsprozesse binden derzeit erhebliche personelle Ressourcen, die für die eigentliche polizeiliche Aufgabenerfüllung fehlen. Auch die Staatsmodernisierungsagenda von Bund und Ländern betont daher zu Recht die Notwendigkeit eines konsequenten Bürokratieabbaus und einer stärkeren Standardisierung staatlicher Verfahren. Vor diesem Hintergrund sollte der Abbau administrativer Belastungen ein zentrales Ziel staatlicher Modernisierung sein. Ziel muss es sein, polizeiliche Ressourcen stärker auf operative Kernaufgaben zu konzentrieren und Verwaltungsprozesse so zu gestalten, dass sie die Arbeit der Polizei unterstützen, statt sie zu behindern.

- Standardisierung und Bündelung administrativer Aufgaben innerhalb der Polizeiorganisation und der Sicherheitsverwaltung.
- Reduzierung von Berichtspflichten sowie Überprüfung bestehender Dokumentations- und Nachweispflichten auf ihre tatsächliche Notwendigkeit.
- Systematische Überprüfung und Anpassung datenschutzrechtlicher Regelungen und damit verbundenen Organisationsstrukturen mit dem Ziel, einen praxistauglichen Umgang mit sicherheitsrelevanten Daten zu gewährleisten.
- Konsequente Digitalisierung interner Verwaltungs- und Unterstützungsprozesse zur Entlastung operativer Kräfte.



3. Digitalisierung der Polizei vorantreiben

Die zunehmende Digitalisierung von Gesellschaft, Wirtschaft und Kriminalität stellt neue Anforderungen an die Sicherheitsbehörden. Eine leistungsfähige Polizei ist daher in hohem Maße auf moderne IT-Systeme, eine verlässliche Dateninfrastruktur und interoperable digitale Verfahren angewiesen. Die Staatsmodernisierungsagenda von Bund und Ländern sowie aktuelle Reformansätze in der Sicherheitsverwaltung unterstreichen, dass Digitalisierung nicht mehr als technisches Einzelprojekt verstanden werden kann, sondern als strategische Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit des Staates. Vor diesem Hintergrund sollte die Digitalisierung der Polizei konsequent und strukturiert vorangetrieben werden. Ziel muss es sein, eine leistungsfähige digitale Infrastruktur zu schaffen, Daten ressortübergreifend nutzbar zu machen und moderne Technologien rechtssicher für die polizeiliche Aufgabenwahrnehmung einzusetzen.

- Entwicklung einer landesweiten Digital- und Datenstrategie für die Polizei Rheinland-Pfalz, eingebettet in die gesamtstaatliche Architektur der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern.
- Aufbau interoperabler IT-Systeme sowie einer modernen technischen und baulichen Infrastruktur für die digitale Polizeiarbeit.
- Rechtssichere Nutzung datenbasierter Analyseverfahren zur Unterstützung polizeilicher Lage- und Ermittlungsarbeit.
- Verstärkte Nutzung von System der Künstlichen Intelligenz
- Überprüfung der datenschutzrechtlichen Rahmenbedingungen und der entsprechenden Organisationsstrukturen, um eine praxistaugliche Datennutzung zu gewährleisten.

4. Innovation ermöglichen

Technologische Entwicklungen, digitale Kriminalitätsformen und komplexe Bedrohungslagen forcieren die sicherheitspolitischen Herausforderungen der kommenden Jahre. Eine zukunftsfähige Polizei muss daher in der Lage sein, neue Technologien frühzeitig zu erproben, innovative Arbeitsweisen zu entwickeln und erfolgreiche Lösungen schnell in die Praxis zu überführen. Innovation darf dabei nicht vom Zufall einzelner Projekte abhängen, sondern muss strukturell organisiert und strategisch gesteuert werden. Vor diesem Hintergrund sollte die Förderung von Innovation ein integraler Bestandteil der Modernisierung der Sicherheitsbehörden sein. Ziel muss es sein, geeignete organisatorische und finanzielle Rahmenbedingungen zu schaffen, um neue Technologien und Arbeitsmethoden systematisch zu entwickeln und nutzbar zu machen.



- Einrichtung eines festen Innovationsbudgets zur gezielten Förderung technologischer und organisatorischer Innovationen innerhalb der Polizei.
- Schaffung rechtlich und organisatorisch geeigneter Erprobungsräume zur praktischen Erprobung neuer Technologien, Methoden und Anwendungen.
- Etablierung strukturierter Verfahren zur systematischen Weiterentwicklung und Skalierung erfolgreicher Innovationsprojekte innerhalb der Polizeiorganisation.

5. Wettbewerbsfähigkeit sichern

Die Polizei steht zunehmend im Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte – sowohl innerhalb des öffentlichen Dienstes als auch mit anderen staatlichen Institutionen und der Privatwirtschaft. Insbesondere im Bereich digitaler Kompetenzen, technischer Spezialqualifikationen und kriminalfachlicher Expertise wird dieser Wettbewerb weiter zunehmen. Eine leistungsfähige Polizei ist daher darauf angewiesen, qualifiziertes Personal zu gewinnen, langfristig zu binden und vorhandene Kompetenzen bestmöglich zu nutzen. Vor diesem Hintergrund sollte die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes – insbesondere der Polizei – ein zentrales Thema der Koalitionsverhandlungen sein. Ziel muss es sein, attraktive und leistungsfähige Arbeitsbedingungen zu schaffen, moderne Karrierewege zu eröffnen und vorhandene Qualifikationen innerhalb der Organisation konsequenter zu nutzen.

- Einführung der Stellenbewirtschaftung und Abkehr von der bisherigen Topfbewirtschaftung auch bei der Polizei Rheinland-Pfalz.
- Entwicklung attraktiver Karriere- und Entwicklungsperspektiven für Tarifbeschäftigte und Verwaltungsbeamte innerhalb der Polizei
- Implementierung einer Kriminalassistenten durch Tarifbeschäftigte zur gezielten Entlastung operativer Ermittlungsbereiche.
- Bessere Nutzung vorhandener Qualifikationen und fachlicher Spezialisierungen innerhalb der Organisation.
- Weiterentwicklung moderner und flexibler Arbeitsbedingungen (u.a. mobile policing/durchgehende Vernetzung auch im Einsatz)
- Erhöhung der Polizeizulage sowie Herstellung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage.
- Investition in die kriminalpolizeiliche Spezialfortbildung.



6. Infrastruktur beschleunigen

Eine leistungsfähige Polizei ist auf eine moderne und verlässliche Infrastruktur angewiesen. Dies betrifft sowohl digitale Systeme als auch Gebäude, Einsatzmittel und technische Ausstattung. Verzögerte Beschaffungsprozesse, langwierige Entscheidungsstrukturen und unklare Zuständigkeiten führen jedoch häufig dazu, dass notwendige Investitionen nur mit erheblichem Zeitverzug umgesetzt werden können. Dies beeinträchtigt nicht nur die Effizienz staatlichen Handelns, sondern auch die Fähigkeit der Polizei, auf neue sicherheitspolitische Herausforderungen angemessen zu reagieren. Vor diesem Hintergrund sollte die Beschleunigung von Infrastruktur-, IT- und Beschaffungsvorhaben ein zentraler Bestandteil staatlicher Modernisierung sein. Ziel muss es sein, klare Verantwortlichkeiten zu schaffen, Entscheidungsprozesse zu verkürzen und sicherheitskritische Infrastrukturprojekte konsequent zu priorisieren.

- Klare Zuständigkeiten und verbindliche Kooperationsstrukturen bei der Planung und Umsetzung von IT-, Bau- und Infrastrukturprojekten der Polizei.
- Beschleunigung von Beschaffungs- und Entscheidungsprozessen, insbesondere bei sicherheitskritischer Ausstattung.
- Stärkere strategische Steuerung und Priorisierung sicherheitsrelevanter Infrastrukturvorhaben.

7. Ermittlungsfähigkeit stärken

Eine wirksame Strafverfolgung ist ein zentraler Bestandteil staatlicher Handlungsfähigkeit und Voraussetzung für Vertrauen in den Rechtsstaat. Kriminalitätsformen wie Organisierte Kriminalität, Geldwäsche und digitale Finanzkriminalität haben sich in den vergangenen Jahren erheblich professionalisiert und internationalisiert. Um diesen Entwicklungen wirksam begegnen zu können, benötigt die Polizei klare organisatorische Zuständigkeiten, ausreichend operative Ressourcen sowie leistungsfähige Instrumente zur Vermögensabschöpfung. Gleichzeitig eröffnet eine konsequente Abschöpfung krimineller Gewinne die Möglichkeit, staatliche Sicherheitsstrukturen gezielt zu stärken und kriminalitätsbedingte Kosten teilweise zu kompensieren. Vor diesem Hintergrund sollte die Stärkung der Ermittlungsfähigkeit der Polizei ein zentrales Ziel staatlicher Sicherheitspolitik sein. Ziel muss es sein, operative Kräfte zu stärken, kriminelle Vermögenswerte konsequenter abzuschöpfen und Einnahmen, die im Kontext polizeilicher Arbeit entstehen, stärker für die Weiterentwicklung der Sicherheitsbehörden nutzbar zu machen.



- Aufbau einer zentralen Koordinierungs- bzw. Steuerungsstelle zur effektiveren Bekämpfung von Geldwäsche und zur Stärkung der Vermögensabschöpfung.
- Finanzielle Beteiligung der Polizei an abgeschöpften Vermögenswerten sowie an weiteren Einnahmen mit unmittelbarem Bezug zur polizeilichen Aufgabenwahrnehmung.
- Nutzung abgeschöpfter oder polizeibezogener Einnahmen zur Finanzierung innovativer Ermittlungsinstrumente, technischer Ausstattung und spezialisierter Kompetenzen innerhalb der Polizei.
- Systematischer Ausbau spezialisierter Ermittlungsfähigkeiten, insbesondere im Bereich der Kryptovermögens- und Finanzermittlungen, um digitale Vermögenswerte konsequenter sichern und einziehen zu können.
- Nutzung der Kriminalassistenten
- Konsequente Stärkung operativer Ermittlungs- und Einsatzkräfte im Verhältnis zur Administration. Dazu gehört auch die Überprüfung von Freistellungsstrukturen und Beauftragten der Polizei Rheinland-Pfalz. Ziel muss es sein, personelle Ressourcen konsequent aus administrativen Nebenstrukturen in operative Aufgaben der Kriminalitätsbekämpfung und Gefahrenabwehr zu verlagern.

In einer sicherheitspolitischen Lage, in der die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit zunehmend verschwimmen, wird die Leistungsfähigkeit staatlicher Institutionen für die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar erfahrbar. Die Polizei steht dabei exemplarisch für die Handlungsfähigkeit des Staates und wird damit zum sichtbarsten Gradmesser funktionierender staatlicher Strukturen.

Der BDK Rheinland-Pfalz vertritt deshalb die klare Position: **Staatsmodernisierung und Innere Sicherheit müssen gemeinsam gedacht und verbindlich umgesetzt werden. Die Leistungsfähigkeit der Polizei hängt unmittelbar von der Leistungsfähigkeit der gesamten öffentlichen Verwaltung und ihrer Sicherheitsarchitektur ab.**

Wer das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in einen handlungsfähigen Staat sichern will, muss deshalb konsequent in moderne staatliche Strukturen investieren und gleichzeitig eine leistungsfähige, moderne und zukunftsfähige Polizei stärken.